

Stand: 20.09.2014

**21. Landesverbandsversammlung
des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V.
am 20. September 2014
in Bad Kissingen.**

**Es gilt das gesprochene Wort !
Redemanuskript des Vorsitzenden des LFV Bayern zu:**

**Das Feuerschutzsteueraufkommen und die Anhebung der Fördersätze für
Fahrzeuge und Gerätehäuser**

Die Entwicklung des Feuerschutzsteueraufkommens stellt sich äußerst positiv dar, so dass unsere Vorstellungen zur Anhebung der Fördersätze für Feuerwehrfahrzeuge und Gerätehäuser ab 2015 umgesetzt werden können.

Insbesondere durch die gestiegenen Einnahmen sind die Rücklagen auf 79 Millionen Euro angewachsen.

Diese Zahlen sprechen für sich und sprechen vor allem dafür, dass zum einen der weitere Ausbau der Feuerweherschulen gesichert ist und zum zweiten eine deutliche Anhebung der Fördersätze möglich ist.

Derzeit gibt der Staat jährlich zwischen 28 und 32 Mill. Euro jährlich für die Fahrzeug- und Gerätehausförderung aus.

Wir hatten Herrn Minister Herrmann unsere Argumente vorgestellt und das Signal erhalten, dass Er unseren Weg mitgeht und zur Förderung der Fahrzeuge und Gerätehäuser **zusätzlich 6,5 Mill. Euro** bereitgestellt werden sollen.

Eine Summe die einmalig ist in der Anpassung der Förderungen in den letzten 10 Jahren – aber auch gerechtfertigt ist.

Im Weiteren wird es dann darum gehen, dass die zusätzlichen Mittel vernünftig in die einzelnen Fördergegenständen eingebracht werden.

- Dabei geht es zum einen um eine pauschale Anhebung der Fördersätze für die Fahrzeug-, und die Stellplatzförderung, wie auch um eine zusätzliche Anhebung bei Sonderfahrzeugen und um höhere Fördersätze für überörtliche bauliche Maßnahmen, wie z.B. Schlauchpflegeanlagen, Atemschutzübungsanlagen und Atemschutzwerkstätten.
- Zum zweiten um die Aufnahme des GW-L1 mit TS – Beladung, wie auch die Unterteilung der Wechselladerfahrzeuge in:
 - o WLF 2-achsig; WLF 3-achsig; WLF 3-achsig mit Kran
- Und zum dritten sollen die Fahrzeuge der BF und ständigen Wachen wegen des hohen Nutzungsgrads nach 12 - 15 Jahren wieder förderfähig sein.

Diese Maßnahmen sind aus Sicht des LFV Bayern notwendig und mehr als gerechtfertigt, wenn man die ständig steigenden Einsatzzahlen und somit auch die Aufgaben und Verantwortung vor Ort gegenüber stellt!

Waren es vor 10 Jahren jährlich rund 190.000 Einsätze, im Jahr 2010 rund 210.000, so leisteten im letzten Jahr unsere Feuerwehren in Bayern insgesamt über 285.000 Einsätze, allein 25.000 davon bei der Hochwasserkatastrophe.

Das sind täglich fast 800 Einsätze zwischen Aschaffenburg und Passau und zwischen Hof und Lindau.

2.300 Menschen die im vergangenen Jahr bei Bränden gerettet wurden, weitere über 10.800 Personen allein bei Verkehrsunfällen auf Bayerischen Straßen und,

- bei über 16.300 First-Respondereinsätzen wurden über 7.800 Personen durch die Feuerwehr gerettet und dies meine Damen und Herren als freiwillige und unentgeltliche Leistung unserer Feuerwehren!

Das sind 20.900 Menschen, die ohne unseren Einsatz vielleicht nicht mehr leben würden. Ich denke diese Zahlen sprechen für sich!

Hochwasserkatastrophe 2013

Wir hatten unser Forderungspapier in Abstimmung mit den Kreis- und Stadtbrandräten aus den 21 Landkreisen die Katastrophenalarm hatten zusammengetragen und an die politisch Verantwortlichen übergeben.

Im Februar 2014 hat sich der LFV Bayern mit den Hilfsorganisationen und dem THW abgestimmt um Synergieeffekte bei den Beschaffungen zu nutzen.

Als Ergebnis waren unsere Forderungen auf die Haushaltsjahre 2015 – 2018 gesehen jährlich 4,3 Mill. Euro für die Feuerwehren und für die Hilfsorganisationen 1,7 Mill. Euro, also insgesamt rund 6 Mill. Euro pro Jahr.

Minister Herrmann hat uns zugesagt, dass Er sich mit uns gegenüber der Fraktion und dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber dafür einsetzen wird, dass diese Mittel, für die nächsten 4 Haushaltsjahre zusätzlich bereit gestellt werden.

Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass der Freistaat Bayern 3,4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz eingeplant hat.

Hochwasserschutz ist nach unserer und ich glaub auch nach ihrer Auffassung Herr Minister **aber auch** z.B. die Deichsicherung beim Füllen und Verbau von Sandsäcken, ebenso wie beim Abpumpen des Hochwassers, darum könnten die notwendigen Mittel auch aus diesem dem Gesamtetat „Hochwasserschutz“ verwendet werden.

Gemeinsam werden und können wir es schaffen, dass der Haushaltsgesetzgeber diese zusätzlichen Mittel bereit stellt, für eine notwendige Verbesserung des aktiven Hochwasserschutzes in der Zukunft.

Katastrophenschutzausstattung Land und Bund

Auf der Länderebene:

Viele politische Mandatsträger stellen gerne bei öffentlichen Veranstaltungen das ehrenamtliche Engagement der Freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen sowie deren Leistung im ehrenamtlichen Sicherheitsbereich für die Bürger und Bürgerinnen Bayerns in den Vordergrund.

Natürlich ist diese Wertschätzung sehr wohl wichtig, es müssen aber auch die notwendigen finanziellen Mittel dazu bereit gestellt werden.

Im Jahr 2009 wurde ein zusätzliches Investitions- und Beschaffungs-programm im Katastrophenschutz mit einem Investitionsbedarf von 40 Millionen Euro, angelegt und vereinbart.

Hier konnten wir erreichen, dass die Mittel in 2014 auf jährlich 2,5 Mill. Euro aufgestockt wurden. Hier sind aber zukünftig noch weitere zusätzliche Mittel erforderlich, um z.B. eine der Zeit angepasst Ölwehrausstattung vorhalten zu können.

Auf der Bundesebene:

Es stehen vom Bund theoretisch in Bayern 313 Fahrzeuge (LF-KatS, SW 2000 und die Dekon-P Fahrzeuge) zur Verfügung?

Davon fehlen in Bayern derzeit jedoch 127 Fahrzeuge, das sind über 40 % der Quote!

43 LF 16-TS sind 24 Jahre und älter und stehen also kurz vor der Ausmusterung!

Der Bund wurde schon mehrfach aufgefordert, seiner Verpflichtung im Bevölkerungsschutzkonzept entsprechend dem Umlaufbeschluss der IMK von 2007 uneingeschränkt nachzukommen und die dafür erforderlichen Mittel von jährlich 57 Mio. Euro bereit zu stellen.

Auf der einen Seite hat der Bund auf Grund der guten wirtschaftlichen Lage Mehreinnahmen in Milliardenhöhe und auf der anderen Seite will der Bund nun die weitere Ersatzbeschaffung der LF 16 Kat-S nicht mehr in der bisherigen Form fortführen und würde somit auch nicht mehr zu seinen eigenen Zusagen stehen.

Dabei hilft es nichts, wenn die Bundeskanzlerin erst Ende August bei einer Veranstaltung mit den Verantwortlichen der Hilfsorganisation das sicherheitsrelevante Ehrenamt überaus gelobt hat.

Vor dem Hintergrund der geplanten Kürzungen durch den Bund scheinen dies nur leere Worte gewesen zu sein.

Hier „hinkt“ der Bund, sehr milde ausgedrückt, **seinen, von ihm selber gesetzten Zusagen** der Investitionen **aus 2007** deutlich hinterher.

Weinzierl
Vorsitzender LFV Bayern